

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK

Mut, Herr Minister

Die Armereform sollte nicht zerredet werden*** Josef Joffe ***

Mach nur eine Reform ... Die Weizsäcker-Kommission hat gesprochen, und jetzt spricht der Verteidigungsminister, der es doch gern etwas anders hätte, vor allem einen sanfteren Schnitt am Leib der Bundeswehr. Für die Kommission sind 240 000 Soldaten genug, Rudolf Scharping aber möchte von den heutigen 322 000 am liebsten 280 000 behalten. Dass er nicht so kühn sein will wie seine Kommissionäre, ist sein gutes Recht; schließlich macht die Regierung, nicht der Berater die Politik. Doch zeigt des Ministers Zögerlichkeit - und der vielstimmige Chor der Nörgler -, wie holprig noch jeder Reformweg in Deutschland ist.

Dass in einer Zeit ohne strategische Bedrohung 240 000 Mann (wenn gut ausgerüstet und -gebildet) genügen, weiß Scharping auch. Dass 30 000 Gezogene bloß eine verschämte Verbeugung vor dem Dogma der Wehrpflichtarmee sind, kann er zumindest ahnen. Denn der Bericht empfiehlt: Damit es bei einem so kleinen Häuflein halbwegs gerecht zugeht, müssten die Gezogenen ähnlich alimentiert werden wie die Freiwilligen. Wie wollen wir die Rekruten dann

nennen - Dienende oder Bedienstete? Die Augenwischerei wird nicht lange währen; das Ende der Wehrpflicht kommt gewiss. Die Armee sei "zu groß, falsch zusammengesetzt, zunehmend unmodern" - dieses dürre Fazit der Kommission ist ebenfalls keine Sensation. Doch in der Politik geht es nicht nur um strategische Vernunft, sondern auch um Standorte, Pfründen und Aufträge. Jetzt beginnt der Kampf um die Besitzstände, und daraus folgt: Die Kommission hat zwar Recht, aber sie wird nicht (ganz) Recht behalten.

Deshalb gilt aber umso mehr: "Mut, Herr Minister." Die Kommission hat ihm eine feine Vorlage hingelegt; jetzt muss er sie verwandeln - vorbei zumal an der eigenen Generalität, die naturgemäß wähnt: "Big is beautiful." Vor allem darf sich Scharping nicht beirren lassen von dem reflexhaften Einwand, eine Berufsarmee sei ipso facto eine Interventionsarmee, die nach Blut lechze und der Politik die Pein der Abwägung erspare. Die Fakten lehren das Gegenteil. Die Amerikaner haben seit 30 Jahren eine Berufsarmee, und die hat sich

noch ein jedes Mal gesperrt - es sei denn, sie durfte gegen Zwerge wie Grenada und Panama antreten oder mit einer absoluten Übermacht wie gegen Saddam Hussein. Soldaten sind in Wahrheit - und zu Recht - heimliche Pazifisten, weil niemand, ob Rekrut oder Profi, gern sein Leben aufs Spiel setzt.

Und Demokratien sind keine Kriegstreiber; das zeigen die quälenden (und knappen) Abstimmungen im US-Kongress oder im Bundestag vor den Einsätzen im Golf, in Bosnien, im Kosovo. Nur: Wer wie Deutschland europa- und bündnisfähig sein will, muss auch einsatzfähig sein. Wenn Scharping zum Beispiel die Hälfte der Standorte schließt, könnte er zwei Milliarden Mark pro Jahr sparen. Damit könnte er trefflich in Training und Ausrüstung investieren und just so das Risiko der Soldaten schmälern, wenn der Souverän (und nur der) den Friedenseinsatz beschließt. Den Weg hat die Kommission gewiesen, den Mut muss der Minister beweisen.